

Beschluss (vorläufig)

Gipfeljahr 2015: Klimaverhandlungen und Nachhaltigkeitsziele zusammen denken

Im Jahr 2015 muss sich die internationale Gemeinschaft entscheiden, in welcher Welt sie leben möchte. Dabei geht es um nicht weniger als die Frage, ob es endlich gelingt, zu einem glaubhaften, völkerrechtlich verbindlichen Klimaabkommen zu gelangen sowie die Entwicklungs- mit der Umweltagenda zu verzahnen, wie es schon 1992 auf dem Weltgipfel in Rio beschlossen wurde. Es geht darum, ob es uns gelingt, endlich zu einer globalen Kooperation für die sozial-ökologischen Transformation zu gelangen. Gemeinsam mit Kommunen und Zivilgesellschaft setzen wir GRÜNE uns dafür ein, dass sich Deutschland und Europa diese Aufgabe zu Eigen zu machen und eine anspruchsvolle Nachhaltigkeitsagenda umsetzen.

Im Sinne der globalen sozial-ökologischen Transformation ist auch Deutschland, trotz vieler Errungenschaften, wie dem Ausbau der erneuerbaren Energien, noch ein Entwicklungsland, das vor allem die Energiewende und Ressourceneffizienz umsetzen, soziale Gerechtigkeit verwirklichen und darauf hinwirken muss, die Handelspolitik der EU fair auszurichten sowie nicht weiter durch Waffenexporte Friedensbemühungen zu unterlaufen. Es braucht das Engagement der gesamten Bundesregierung und mehr Politikkohärenz. Globale Nachhaltigkeitsziele, die angestrebten „Sustainable Development Goals“ (SDGs), richten sich an alle Staaten, auch an die Industrieländer und beeinflussen alle Politikbereiche. Die Bundesregierung muss darum ambitionierte Nachhaltigkeitsziele für Deutschland vorlegen. In den UN kommt es auf Deutschland an, zu demonstrieren, dass es bereit ist, zur Umsetzung der Post-2015-Agenda „in Vorleistung“ zu treten. Die Welt schaut darauf, ob wir die Energiewende hinbekommen und ob die Bundesregierung ihre Finanzzusagen einhält.

Von Deutschland wird als Gastgeberland und Vorsitz der G7 für die Verhandlungen 2015 ein wichtiger Impuls ausgehen. Wir mobilisieren für die kritische Begleitung des G7-Gipfels im bayerischen Elmau und für einen erfolgreichen Abschluss der Post 2015- und der Klimaverhandlungen. Die globale Nachhaltigkeitspolitik kann nicht nur von oben nach unten umgesetzt werden, sondern muss aus der Gesellschaft heraus getragen werden. Jede und jeder Einzelne muss Verantwortung übernehmen. Wir GRÜNE setzen uns für eine Stärkung der bestehenden Initiativen aus der Zivilgesellschaft ein.

Im Zuge der Weltkonferenzen der 1990er Jahre beschlossen die Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs), die innerhalb von 15 Jahren erreicht werden sollten. Zum ersten Mal einigte sich die internationale Gemeinschaft auf konkrete, messbare Ziele und einen Zeitrahmen, um diese zu erreichen. Bei der Umsetzung der MDGs konnten zwar Fortschritte etwa bei der Armutreduzierung oder der Gleichstellung der Geschlechter erreicht werden. Bei den Millenniumszielen zur Säuglings- und Müttersterblichkeit wurde jedoch am wenigsten erreicht. Allerdings krankten die MDGs immer daran, dass sie sich in erster Linie an die Entwicklungsländer richteten und damit im überholten Nord-Süd-Denken verhaftet blieben, in

dem der reiche Norden den unterentwickelten Süden nach seinem Vorbild entwickelt. Aber schon seit dem Weltgipfel von Rio und spätestens mit den aufrüttelnden Berichten des Weltklimarates wuchs auch in der Öffentlichkeit die Erkenntnis, dass Globale Gerechtigkeit, dass Klimagerechtigkeit, dass Frieden nur gemeinsam erreicht werden können. Alle Staaten müssen die planetarischen Grenzen zur Grundlage ihres Handelns machen und die Rahmenbedingungen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster schaffen.

Wenn heute über eine Post-2015-Agenda diskutiert wird, über Globale Nachhaltigkeitsziele, gilt es, aus den Schwächen der MDGs zu lernen und eine Strategie für die kooperative Bearbeitung der Herausforderungen dieses Jahrhunderts zu entwickeln. Die globalen Krisen von Bürgerkriegen, Hunger und Armut, Flucht und Vertreibung, Klimawandel, Rohstoffverknappung oder des Wirtschafts- und Finanzsystems erfordern einen verschränkten Ansatz aller Politikfelder in allen Staaten.

Gleichzeitig erleben wir eine Zäsur in der internationalen Politik, mit den politisch immer einflussreicher werdenden Ländern wie China, Indien oder Brasilien, aber auch mit Blick auf die beachtlichen Erfolge in vielen Ländern Afrikas, Lateinamerikas und Asiens. Das klassische Nord-Süd-Schema zerbröckelt im Lichte dieser Machtverschiebungen. Gleichzeitig verschärft sich die soziale Ungleichheit weltweit, sowohl innerhalb als auch zwischen den Staaten. Die globalen Krisen treffen die Weltregionen zwar unterschiedlich, sie müssen jedoch global in ihrer rasant zunehmenden Komplexität bearbeitet werden. Hinzu kommen Megatrends, wie die Verstädterung, das Wachstum der Weltbevölkerung mit einer sich rasant ausweitenden globalen Mittelschicht und die damit verbundenen konsumorientierten und daher noch sehr ressourcenintensiven Lebensstile. Während die nationale Handlungsfähigkeit erodiert, erleben wir vielfältige Blockaden auf internationaler Ebene, die einen effektiven Multilateralismus verhindern. Dieser ist aber die einzige Antwort auf die globalen Entwicklungen.

2015 geht es um Klimaschutz, Frieden und Globale Gerechtigkeit. Ein Scheitern der internationalen Prozesse wäre darum fatal, würde zu einer Fragmentierung der Internationalen Kooperation führen und die globalen Krisen verstärken. Darum bedarf es einer Stärkung der multilateralen Organisationen, glaubhafter Anstrengungen der Industriestaaten im Bereich der internationalen Zusammenarbeit sowie struktureller Veränderungen bei uns selbst.

Wir fordern:

- die anstehenden drei zentralen Konferenzen im Jahr 2015 (Die dritte Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juni 2015, die Generalversammlung in New York im September 2015 sowie die UN-Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015) müssen ambitionierte und aufeinander abgestimmte Ziele beschließen, die den bestehenden Herausforderungen begegnen und den Weg zu einer sozial-ökologischen Transformation bereiten. Dabei darf in keinem Fall hinter international bereits vereinbarte Armuts- und Nachhaltigkeitsziele sowie Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit zurück gefallen werden; Die Bundesregierung und die EU müssen darum mit weitreichenden Zieleformulierungen in die Verhandlungen gehen;
- darauf hinarbeiten, dass in Paris ein völkerrechtlich bindendes Klimaabkommen abgeschlossen wird, in dem sich die Weltgemeinschaft dazu verpflichtet, unter Berücksichtigung des Budgets Ansatzes öffentlich diskutierte nationale Maßnahmenpläne zur Erreichung der Zwei-Grad Leitplanke vorzulegen. Zudem gilt es im Rahmen des Bekenntnisses zu einer dekarbonisierten Gesellschaft Vorschläge für den Umstieg von fossilen und atomaren Energien auf Erneuerbare Energien aufzuzeigen.
- Klimaschutz und Globale Gerechtigkeit zu einem Schwerpunkt der deutschen G7/G8 Präsidentschaft zu machen, wobei die in der besonderen Verantwortung stehenden

G7/G8-Staaten sich bereits im Vorfeld der Konferenzen von New York und Paris etwa zum Abbau fossiler Subventionen bis zum Jahr 2020 verpflichten und gemeinsame Klimaschutzprogramme voranbringen sollten.

- die Etablierung von Vorreiterallianzen mit ambitionierten Zielvorstellungen voranzutreiben, um über intensiven Technologietransfer und Kooperationen, etwa in der Handelspolitik, bei Klimaschutz und Globaler Gerechtigkeit voranzugehen und so Schwung in die internationalen Nachhaltigkeits- und Klimaverhandlungen zu bringen.
- verbindliche Finanzzusagen der Industriestaaten auf der Konferenz von Addis Abeba gegenüber den Entwicklungsländern zur Erreichung der globalen Nachhaltigkeitsziele. Dazu fordern wir von Deutschland und der EU bis dahin einen neuen Stufenplan zur Erreichung des Ziels vorzulegen, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA) zu verwenden. Deutschland muss dafür jährlich 1,2 Milliarden Euro mehr für Entwicklungsfinanzierung beitragen. Zudem muss die Bundesregierung erklären, wie sie ihren fairen Beitrag an den bereits in Kopenhagen zugesagten 100 Mrd. Dollar Klimafinanzierung bis 2020 erbringen will, sonst bricht sie ihr Versprechen. Dafür ist es unabdingbar, klare Kriterien zur Anrechenbarkeit von Entwicklungs- und Klimageldern zu geben.
- Maßnahmen zu ergreifen, um weitere Finanzflüsse für globale Gerechtigkeit nutzbar zu machen, wie Steuereinnahmen in Partnerländern, innovative Finanzierungsinstrumente, zum Beispiel die Finanztransaktionssteuer sowie unter transparenten, sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien die Einbeziehung der Privatwirtschaft;
- eine Stärkung der normativen Funktion der Vereinten Nationen. Sie sind das legitime Forum, das die Nachhaltigkeitsagenda beschließt und deren Umsetzung nachhält. Ohne die UN ist die sozial-ökologische Transformation nicht möglich. Die Bundesregierung muss diesen Prozess auf höchster Ebene begleiten, indem die Bundeskanzlerin selber an den Verhandlungen teilnimmt;
- Qualitative und quantitative Armuts- und Nachhaltigkeitsziele, die konkret, messbar und verifizierbar sind. Es ist erforderlich, ein robustes Monitoringverfahren und eine öffentliche Berichterstattung zu vereinbaren, die auch die Nennung der Gründe einer möglichen Nichterreichung von Zielen und Zwischenzielen auf nationaler Ebene beinhalten;
- die Entwicklung eines Konzepts in der EU und in Deutschland, das eine klare Implementierung der Post 2015-Agenda in nationale Politik vorschreibt. Alle Ressorts der Bundesregierung und der EU-Kommission sind dabei einzubeziehen. Dafür müssen unter anderem die deutsche und die EU-Nachhaltigkeitsstrategie entsprechend der neuen Nachhaltigkeitsziele überarbeitet werden;
- Das Prinzip der „gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten“ (Common but differentiated Responsibilities, CBDR) nach dem Verursacherprinzip ernst zu nehmen, das sowohl für die Industrie-, als auch für die Schwellenländer gilt. Das CBDR-Prinzip muss umgesetzt und auf alle Bereiche der nachhaltigen Entwicklung angewendet werden, nicht nur auf den Klimabereich;
- Die Post 2015-Agenda besonders auch in den Ländern und Kommunen umzusetzen und sie herunter zu brechen auf das, was vor Ort getan werden kann. Auch Bundesländer und Kommunen sollten Fahrpläne entwickeln, wie sie die Ziele in ihrer Politik implementieren können;
- Zur Begleitung der Verhandlungen um ein neues Klimaabkommen und eine globale Nachhaltigkeitsagenda suchen bzw. stärken wir Bündnisse in der Zivilgesellschaft, mit

den Umwelt- und den Entwicklungsverbänden und werden den G7-Gipfel in Elmau, den Nachhaltigkeitsgipfel in New York und den Klimagipfel in Paris sehr kritisch begleiten - damit aus dem Entwicklungsjahr 2015 eine Meilenstein für Klima, Globale Gerechtigkeit und Frieden wird.